

Nichts los bei Daimler

In mehreren Werken des Stuttgarter Autobauers droht Kurzarbeit. Ausgleich der Produktionskürzungen allein über Arbeitszeitkonten nicht mehr möglich. **Von Daniel Behruzi**

Die Produktionsreduzierungen infolge der Absatzkrise können beim Autobauer Daimler nicht länger allein durch die Belastung der Arbeitszeitkonten ausgeglichen werden. In den Werken Sindelfingen, Berlin, Bremen, Düsseldorf und Ludwigsfelde



April 2009 verhandelt. Die Betroffenen erhalten in diesem Fall 60 bzw. 67 Prozent (mit Kindern) der Entgelt Differenz von der Bundesagentur für Arbeit. Wenn die Wochenarbeitszeit unter 25 Stunden sinkt, müsste das Unternehmen laut Tarif-

Gute Arbeit in Zeiten der Krise?

Konjunkturlaute macht Beschäftigung der Gewerkschaften mit Arbeitsbedingungen noch dringender

Wie wird sich die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Arbeitsbedingungen auswirken? Diese Frage stand am Freitag bei einer Buchpräsentation des Bund-Verlags in Frankfurt am Main im Vordergrund. »Es ist davon auszugehen, daß die Rahmenbedingungen für gute Arbeit im Zuge der Krise eher schlechter als besser werden«, gab Hans-Jürgen Urban vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall zu bedenken. Deshalb sei es wichtig, daß sich die Gewerkschaften der Verbesserung der Arbeitsbedingungen als »strategisches Schlüsselziel« annehmen. Es sei zu befürchten, daß die Unternehmer jetzt eine »radikalisierte Shareholder-Value-Strategie« verfolgten, bei der »die Arbeitnehmer lediglich als Kostenfaktoren betrachtet werden«.

Lothar Schröder vom Vorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die neben der IG Metall und dem Bund-Verlag an dem Kooperationsprojekt »Gute Arbeit« beteiligt ist, forderte, nicht nur die Effizienz, sondern auch die Qualität der Arbeit über »Benchmarks« zu vergleichen. Die vor allem in der Dienstleistungsbranche zunehmende Autono-

mie von Beschäftigten wirke nicht nur positiv, betonte er: »Der Zwang nimmt ab, aber der Druck nimmt zu.«

Anschauliche Belege hierfür lieferte Ralf Kronig, Betriebsrat bei SAP in Walldorf, am Beispiel der »Vertrauensarbeitszeit«. In dem IT-Konzern würden »Höchstziele« vorgegeben, die immer schneller erreicht werden müßten. »Die meisten schauen dabei nicht auf ihre eigenen Grenzen, auch weil sie Angst um ihren Job haben«, sagte er. Die Folgen seien eine dramatische Zunahme psychischer und psychosomatischer Erkrankungen und eine »burn-out-Welle«. Ähnliches hatte der Dredner-Bank-Betriebsrat Franz Scheidel zu berichten, wo in den vergangenen acht Jahren – also noch vor der Finanzkrise – 17 000 Stellen abgebaut worden seien. Auch hier habe die Zahl psychischer Erkrankungen enorm zugenommen.

Daniel Behruzi, Frankfurt/Main

◆ Lothar Schröder/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Gute Arbeit – Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Frankfurt/Main: Bund-Verlag 2009, 373 Seiten, 39,90 Euro, ISBN: 978-3-7663-3883-9

Langer Weg zu mehr Transparenz

Die Transnet-Führung tut sich immer noch schwer mit Kritikern des Bahn-Börsengangs

Die Bahngewerkschaft Transnet hat sich auf ihrem am Donnerstag in Berlin beendeten Gewerkschaftstag nicht nur vorsichtig vom geplanten Börsengang des Unternehmens, sondern auch von anderen Altlasten distanziert. So wurde unter anderem die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,90 Euro? Vor vier Jahren hatte der im Mai 2008 in den Bahn-Vorstand gewechselte Exvorsitzende Norbert Hansen Mindestlöhne noch als »Sackgasse« bezeichnet. Die Bundesregierung möge »die bisherige neoliberale Wirtschaftspolitik aufgeben«, heißt es ferner in einer vom Hauptvorstand eingebrachten Beschlusvorlage. Hansen galt dagegen als Unterstützer der von Exkanzler Gerhard Schröder initiierten neoliberalen »Agenda 2010«.

Doch mit dem Thema Börsengang tut sich die neue Transnet-Führung nach wie vor schwer. Zwar hat der neue Vorsitzende Alexander Kirchner auf dem Gewerkschaftstag stets betont, in der Gewerkschaft sei Platz für Befürworter und Gegner einer Privatisierung und niemand werde dabei ausgegrenzt. Doch bei der Umsetzung dieses Postulats hapert es anscheinend noch gewaltig.

So stieß der Börsengang-Gegner Alfred Lange auf heftigen Widerstand der Kongressgäste, als er in einem Zusatzantrag vorschlug, in Veranstaltungen

und Gewerkschaftsmedien Gegner und Befürworter eines Börsengangs gleichberechtigt zu Wort kommen zu lassen. »Da gibt es eine marxistische Friedensgruppe in Norddeutschland mit einem Pastor, der sich gegen die Bahnprivatisierung ausspricht. Sollen wir jedem von außen eine Plattform in unserer Gewerkschaftszeitung geben, die ich mit meinen Beiträgen beziehe? Dazu habe ich keine Lust«, erklärte Peter Nowack, der auch Mitglied im Europäischen Betriebsrat der Deutschen Bahn AG ist. Auf Ablehnung stieß auch Langes Forderung, eine für interessierte Mitglieder offene Kommission zur Aufarbeitung von Privatisierungen in aller Welt einzurichten und enge Kontakte zu Brudergewerkschaften herzustellen: »Ich habe ein Problem damit, wenn Hans Dietrich Springhorn, der sich als Vertreter aller Eisenbahner in der Tagesschau darstellt, Zugang zu dieser Kommission bekommt«, gab Kirchner zu bedenken: »Da wird eine Plattform aufgemacht für Leute, die nicht legitimiert sind und uns instrumentalisieren wollen.« Der derzeit Gescholtene ist Bahn-Sicherheitsingenieur, seit 1967 Gewerkschaftsmitglied und hatte als »Bahn von unten«-Unterstützer jüngst in den ARD-Tagesthemenn lediglich in einem Satz festgestellt, daß viele Kollegen mit der Linie des Gewerkschaftsvorstands in der Privatisierungsfrage nicht einverstanden seien.

Hans-Gerd Öttinger

Investitionszulage Ost verlängert

Beim. Der Bundesrat hat grünes Licht für die weitere staatliche Förderung von Investitionen in den neuen Ländern gegeben. Die Länderkammer erteilte dem Bundestagsbeschluss zum Investitionszulagengesetz 2010 am Freitag in Berlin die Zustimmung. Das derzeit geltende Regelung läuft Ende 2009 aus. Dem neuen Gesetz zufolge werden nun bis 2013 Investitionen in Ostdeutschland gefördert. Minister Ulrich Schoeneich (pari-los) hatte unmittelbar nach der Tat die Existenz einer rechten Szene in Templin gelehnt.

(AP/W)

Marine jagt Piraten vorerst für ein Jahr

Beim. Im Kampf gegen Piraten vor der Küste Somalias will das Verteidigungsministerium dem Bundeskabinett ein Mandat für bis zu 1 400 Soldaten vorschlagen, deren Einsatz auf zunächst zwölf Monate begrenzt werden soll. Das sagte der Parlamentarische Staatssekretär Thomas Kossendey (CDU) am Donnerstag nachmittag der Deutschen Welle. Der Einsatz im Rahmen der EU-Mission »Atalanta« solle noch im Dezember beginnen. An der Mission werde sich wie geplant eine deutsche Fregatte beteiligen. Unterstützt werden solle der Einsatz durch eine weitere Fregatte, die im Rahmen des Mandats für die US-geführte Operation »Enduring Freedom« bereits in der Region ist. Die Marine werde im wesentlichen Eskort-Aufgaben für Handelschiffe übernehmen, sagte Kossendey. Das Kabinett will sich möglichst am kommenden Mittwoch, spätestens aber am 10. Dezember mit dem Einsatz befassen. Die EU-Mission beginnt am 8. Dezember.

(AP/W)